

Solidarität – ein Wert mit Zukunft

Entsolidarisierung, so wird geklagt, sei gerade in den reichen Freiheitskulturen voll im Gang. Die modernen Gesellschaften, Inbegriff der Lebenschance für die größtmögliche Zahl, werden für immer mehr Menschen zu Risikogesellschaften¹. Zwar sagt man den Menschen, zumal den jungen: „Du hast eine Chance, also nütze sie!“ Doch immer mehr von ihnen erleben es in anderer zynischer Verkehrung: „Du hast keine Chance, also nütze sie“². Und in dem Maß, wie Modernisierung in den modernen Gesellschaften voranschreitet – ökonomisch, sozial, kulturell –, um so größer wird neben den Modernisierungsgewinnern die Zahl der Modernisierungsverlierer.

Diese verbreitete These von der Entsolidarisierung hat bereits beunruhigende politische Nebenwirkungen. Parteien, und zwar gerade die regierenden Solidarparteien (in Österreich sind das die Sozialdemokratie und die Volkspartei), geraten vor ein tragisches Dilemma. Legen sie nämlich ihrer Politik die Entsolidarisierungsannahme zugrunde, dann stehen sie unter den demokratischen Prämissen vor der Wahl, entweder an der Macht zu bleiben oder solidarische Politik zu machen. Unter dem vermuteten und befürchteten Druck vermeintlich unsolidarischer Wähler mutieren somit die alten Solidarparteien mit dem Ziel des Machterhalts. Die Gefahr besteht, daß aus der durchaus vernünftigen Option für den Machterhalt, um „unsolidarische Wählerschichten“ zu halten, eine tendenziell unsolidarische Politik gemacht wird.

Ich vertrete hier die politologische Grundthese, daß es ohne Gerechtigkeit in modernen Gesellschaften auf die Dauer keinen Frieden und keine Freiheit geben wird. Gerechtigkeit meint hier einen angemessenen Zugang aller zu den gesellschaftlich verfügbaren Lebenschancen, also trinkbares Wasser, atembare Luft, unkontaminierte Erde, Nahrung und Wohnen, Familiengründung und freie Kindererziehung, Bildung und Arbeit, freie gemeinsame Religionsausübung. Fehlt einer wachsenden Zahl von Menschen der Zugang zu diesen „Überlebensmitteln“, dann sammelt sich jener Sprengstoff, der zu sozialen Unruhen und Kriegen führt, wodurch aber der Friede und damit zumeist auch die Freiheit bedroht sind. Nur Gerechtigkeit schafft Frieden: Dieses Leitwort aus der Gebetspoesie des jüdischen Volkes (Psalm 89) ist politologisch unumstritten.

Ausgehend von diesen Überlegungen ist in einer kritischen Analyse zu fragen, wie es um die Gerechtigkeit auf der Welt, auf den Kontinenten, aber auch innerhalb der einzelnen Nationen bestellt ist. Das Ergebnis solcher kritischen Analy-

sen zeichnet immer deutlicher ab: Die Zahl jener Menschen, die weltweit Opfer einer ungerechten Verteilung von Lebenschancen sind, ist nicht nur groß, sondern wächst.

Solidarbedarf: Überflüssigwerden

Um den Blick zu schärfen, ziehe ich einen markanten Satz von Hans Magnus Enzensberger heran. In seinem Essay „Die große Wanderung“ steht der Satz: „Selbst in reichen Gesellschaften kann morgen jeder von uns überflüssig werden. Wohin mit ihm?“³ Enzensberger erinnert hier einleitend daran, daß ganze Kontinente (wie Afrika) oder Regionen (wie der Balkan) von diesem Überflüssigwerden bedroht sind. Dann aber rückt er die reichen Gesellschaften in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit. Vom Überflüssigwerden ist auch hier die Rede. An sie wird die Frage „Wohin mit ihm?“ angebunden. Diese Frage enthält einen Verdacht, den ich, um der Entdramatisierung tragischer Vorgänge durch Wortbehübschung entgegenzuwirken, in den provokanten Begriff „Entsorgung“ kleide. Für Überflüssige wird soziale Entsorgung geplant. Das würde bedeuten, daß wir dabei sind, von vielen unbemerkt, die überkommenen Solidargesellschaften in Entsorgungsgesellschaften umzuformen.

Zunächst: Wer ist in Gefahr, überflüssig zu werden? Hier genügt es in einem ersten Zugang, sich an jenen Begriffen zu orientieren, mit denen unsere moderne Gesellschaften plakativ begriffen werden: Arbeitsgesellschaft⁴, Konsumgesellschaft⁵, Erlebnisgesellschaft⁶. Wird nicht überflüssig, wer nicht arbeitet, kauft und erlebt?

Nimmt man diese Kriterien, ist es nicht mehr schwer, vom Überflüssigwerden bedrohte Personengruppen in unseren reichen Gesellschaften aufzuspüren. Beispiel *Sterbende*. Längst wird die Frage diskutiert, wie das überlastete Gesundheitssystem finanziell entlastet werden kann. Immer deutlicher zeichnet sich ab, daß unser kapitalintensives Gesundheitssystem nicht mehr allen in gleicher Weise offengehalten werden kann. Fragt man Fachleute des Gesundheitssystems, wer morgen noch in den Genuß der kapitalverzehrenden Intensivmedizin kommt, dann wird immer häufiger als ein mögliches Kriterium die Frage gestellt: Kehrt diese Person noch in den Produktionsprozeß zurück? Überflüssig wird, wer nicht arbeiten kann. Gesundheitsexperten weisen darauf hin, daß die letzten sechs Lebenswochen zu den teuersten gehören. Eine Abkürzung dieser Zeit würde eine enorme Entlastung bringen. Trägt die sich rasch ausweitende Euthanasiedebatte nicht auch Züge von Entsorgung Sterbender an sich? Natürlich wird die Vorderansicht human stilisiert. Euthanasie wird als der Höhepunkt menschlicher Freiheit hingestellt. Aber ist das nicht eine am Ende zynische Theorie?

Folgt man den Erkenntnissen über den seelischen Prozeß des Sterbens⁷, dann

geraten Sterbende mit hoher Vorhersehbarkeit in eine depressive Phase. Man kann sich ausmalen, was dann passiert, wenn eine Kultur mit der Aufforderung: „Nütze deine Freiheit und entscheide dich frei für die Beendigung deines Lebens!“ einem Sterbenden beisteht, der womöglich vom depressiven Gedanken geplagt wird, Angehörigen nach einem selbständigen Leben zur Last zu fallen. Natürlich entwickeln sich zur Zeit gegen diese Variante der Entsorgung von Sterbenden solidarische Varianten: „Sterben daheim“, von 75 Prozent der Österreicher nachhaltig gewünscht, wird eine Chance geschaffen: kurzfristig und subsidiär durch Hospizbewegungen, längerfristig durch jenen neuen Generationenvertrag, den Österreichs Bischöfe 1991 in ihrem Sozialhirtenbrief im Anschluß an eine Rede des Mailänder Kardinals Carlo Maria Martini – damals Präsident des Rates der Europäischen Bischofskonferenzen – gefordert haben: „So wie die Eltern die Kinder zur Welt bringen, werden künftig die Kinder die Eltern aus der Welt begleiten können.“

Dieses „können“ hat massive gesellschaftspolitische Implikationen: Freistellung von angehörigen Männern und Frauen, die Sterbende daheim pflegen; Entwicklung des Wohnungsbaus von den Zwei-Generationen-Familienschließfächern hin zu verbundenem Wohnen, das Grundlage für eine „Solidarität in Ruf- und Reichweite“ ist; Wiedergewinnen der verlorenen pflegerischen Kompetenz bei den Angehörigen und der palliativen Kompetenz bei den „Hausärzten“. Kurz: Das Beispiel der Sterbenden zeigt, daß vor uns die Alternative zwischen Solidargesellschaft und Entsorgungsgesellschaft liegt. Der Entsorgungsgesellschaft werden wir entgehen, wenn es eine ausreichend große Mehrheit von Menschen mit einem hohen Maß an belastbarer Solidarität gibt.

Entsorgungsdruck

Dem bedrängenden Beispiel der Sterbenden sind viele weitere hinzuzufügen: Werden nicht auch *Alte und Pflegebedürftige* oftmals in einer Weise entsorgt, daß man den Eindruck nicht los wird, daß bei vielen der soziale Tod lange vor dem physischen eintritt? Dabei übersehe ich nicht, daß die Alten- und Pflegeheime für viele eine humane Alternative zur tödlichen Vereinsamung in ihren Kleinstwohnungen sind.

Droht nicht neuestens wieder den *Behinderten* Entsorgung? Peter Singer⁸ hat eine Diskussion erneuert, die nach der nationalsozialistischen Unzeit erledigt zu sein schien: die Frage nach „unwertem Leben“ und dessen Lebensrecht. Stehen nicht schon Eltern in Gefahr, die nach pränataler Diagnostik mit hoher Unschärfe eine Behinderung ihres Kindes befürchten, kriminalisiert zu werden, wenn sie ein solches Kind der ökonomisch ohnedies überlasteten Gesellschaft aufbürden? Ich bin in dieser Frage auch deshalb sehr empfindlich, weil einer meiner Brüder der

Entsorgungsmaschinerie des Dritten Reichs in Neydharting nur mit Mühe entgangen ist. Und ich weiß, welchen Charme sein Leben bis auf den heutigen Tag besitzt und welche Förderung von Solidarität er in unserer Familie ausgelöst hat.

Droht nicht auch *Kindern*, die das Lifedesign von Erwachsenen immer mehr stören, die Entsorgung? Wieder: Wer wollte nicht eintreten für die Entlastung jener alleinerziehenden Väter und Mütter durch soziale Einrichtungen? Ich verstehe auch, daß es für Kinder, die verurteilt sind, in der „Madonnenszene“ Mutter mit Kind⁹ groß zu werden, gut ist, wenn sich ihr Lebensraum ausweitet und Erfahrungen mit anderen Bezugspersonen und mit Gleichaltrigen ermöglicht werden. Aber sollten jene Fachleute, welche diese Einrichtungen mit großer pädagogischer Umsicht leiten, recht haben, wenn sie beobachten, daß es neben diesen entlastungsbedürftigen Eltern auch andere gibt, welche ihre Kinder loswerden wollen? Dabei bleiben die alltäglichen Entsorgungsmaßnahmen vors Fernsehen, mit Gameboys, ins Internet außer acht. Die Entsorgung von Ungeborenen wäre dann nur eine Variante der Entsorgung überflüssiger Kinder.

Droht nicht schließlich auch den *Arbeitsplatzlosen* Entsorgung? Fachleute der EU rechnen für die nächsten Jahrzehnte mit einer hohen Sockelarbeitslosigkeit. Eine neue Klassenteilung zeichnet sich ab: hier die Arbeitsplatzbesitzenden (gut organisiert und geschützt in den schrumpfenden Gewerkschaften), dort die einzelnen und daher lobbylosen Arbeitsplatzlosen, die womöglich durch ein „Grundeinkommen ohne Arbeit“¹⁰ ökonomisch ruhiggestellt werden, was aber deren soziale und psychische Lage nicht verbessert.

Ich breche an dieser Stelle diesen Gedankenstrang ab. Meine Absicht war, hinreichend plausibel zu machen, daß wir zur Zeit vor einer dramatischen Alternative stehen: *Hier die Entsorgungsgesellschaft, dort die Solidargesellschaft*; hier ein Weg in eine Zukunft mit hohen sozialen Spannungen, die Frieden und Freiheit gefährden, dort der Weg in eine Zukunft, in der es einen zunehmend gerechten Zugang zu den verfügbaren Lebenschancen gibt, und zwar nicht nur in den einzelnen Ländern, sondern tendenziell in der längst eins gewordenen Welt.

Solidarvorrat

Welchen Weg wir gehen werden, hängt engstens zusammen mit der Frage, ob wir eine ausreichend große Zahl von Menschen haben, die ein hohes Maß an belastbarer Solidarität besitzen und mit denen zusammen die politisch Verantwortlichen jene Politik machen können, die – weil solidarisch – auch zukunftsfähig ist. Haben wir dieses Potential an solidarischen Menschen? Hermann Denz vom Institut für Soziologie an der Universität Innsbruck und ich als Leiter des Ludwig-Boltzmann-Instituts für Werteforschung sind in einer Repräsentativstudie dieser Frage in Österreich nachgegangen¹¹. Dabei haben wir versucht, den diffusen Begriff der

Solidarität zu dimensionieren und damit untersuchbar zu machen. Das sind nur einige wichtige Ergebnisse der Forschung, die nicht nur für Österreich Geltung haben dürften:

1. Die Menschen in Österreich haben mehrheitlich ein solidarisches Selbstbild. 85 Prozent halten „teilen können“ für das wichtigste Erziehungsziel. 1970 hatten mit einem ähnlichen hohen Wert die Österreicher für das Erziehungsziel „Gehorsam“ plädiert¹². Wir sind also in wenigen Jahren von einer Gehorsamskultur in eine Solidarkultur übersiedelt. Das allerdings mit einer empfindlichen Einschränkung: Wertgeschätzt ist Solidarität im Modus des Wünschens. Je mehr wir uns der Bereitschaft zu solidarischem Handeln nähern, desto niedriger werden die Werte.

2. Die zweite Einschränkung: Stark ist die Bereitschaft zur Mikrosolidarität, weitaus geringer jene zur Makrosolidarität. Im Zug der Operationalisierung von Solidarität haben wir verschiedene „Reichweiten“ angenommen: Solidarität in der Mikrowelt der Familie, gegenüber Angehörigen und Kindern; ihr gegenüber Solidarität mit großer Reichweite: gegenüber Ausländern, mit Flüchtlingen, im Bereich der Entwicklungshilfe. Dazwischen liegen zwei Formen der Solidarität mit mittlerer Reichweite (Mesosolidarität): Solidarität am Arbeitsplatz, mit Arbeitslosen, mit Nachbarn, Solidarität im Betrieb und Solidarität hinsichtlich der Resozialisierung von Jugendlichen.

3. Das forschersische Interesse richtete sich sodann auf die Frage, warum der Wunsch nach Solidarität auf dem Weg zum solidarischen Handeln (selbst auf der Ebene der Einstellungen) verkommt. Dabei sind wir auf solidarisierende und entsolidarisierende Faktoren gestoßen. Den entsolidarisierenden gemeinsam scheint Angst zu sein: die Angst vor einem zu schwachen Ich; die Angst vor eigenem Minderwert; vor allem aber die Angst, in einem knappen Leben mit dem Wunsch nach möglichst leidfreiem Glück unterzugehen. Demgegenüber gibt es kulturelle Kräfte, die offensichtlich den Horizont ausweiten und zugleich Angst mindern. Dazu zählen postmaterialistische Strömungen, die ein Gespür für die All-Einheit aller Wirklichkeit besitzen; dazu zählt aber auch die Einnetzung in traditionelle christliche Gemeinschaften. Es gehört zu den bemerkenswerten Ergebnissen unserer Solidaritätsstudie, daß im Umkreis vernetzter Religiosität Solidarität gemehrt wird. Die sozioreligiöse Landkarte ist weithin kongruent mit der Solidarkarte. Das Land wäre somit ohne die Solidarstärke christlicher Netzwerke kälter und ärmer.

Solidarmehrung

Stärkung solidarisierender Kräfte. Auf der Folie dieser Erkenntnisse lassen sich auch Wege zur Solidarmehrung ausmachen. Insofern es vielgesichtige Angst ist,

welche die vorhandene Solidarbereitschaft offensichtlich lähmt, wird der moralische Appell „Seid doch solidarischer!“ nur wenig fruchten. Was nützt es denn auch einem Lahmen, wenn man ihn auffordert, schneller zu laufen? Das wird ihn vielmehr aggressiv machen. Was dagegen eher weiterführt ist der Versuch, solidarhemmende Kräfte im Menschen zu mindern. Das könnte positiv bedeuten: Stärkung jenes Selbst, das dann auch selbstlos sein kann; Stärkung des Selbstwerts, daß nicht alle Kraft in die Kompensation eigenen Minderwerts investiert wird; Ausweitung der Transzendenzreichweite der Lebenswelten in räumlicher wie zeitlicher Dimension. In räumlicher Hinsicht: Begegnungen mit den Fremden, den anderen; Entprovinzialisierung der Lebenswelt; Vernetzungen der zu kleinen Lebenswelten. In zeitlicher Hinsicht: Weitung des Zeithorizonts über den Tag hinaus; auf die nächsten Generationen, über die Grenze des Todes hinaus. „Lehre mich meine Tage zählen, damit ich ein weises Herz gewinne“: Dieser poetische Text der Psalmendichtung läßt sich abwandeln in: „Lehre mich meine Tage zählen, damit ich ein solidarisches Herz gewinne!“ (Psalm 90, 11)

Solidarbiotope. Solidarität gilt es sodann biographisch zu lernen. Dazu braucht es das Solidarbiotop Familie. Aber auch die Schulen sind heute mehr denn je aufgefordert, und das zum Teil auch deshalb, weil die Familien vielfach überfordert sind. Für die Entwicklung der Überlebenstugend Solidarität¹³ ist mit Sicherheit die Herkunftsfamilie wichtig. Hier wachsen Ichstärke und Selbstwertgefühl. Damit dies geschehen kann, braucht es aber nicht nur die symbiotisch-bergende Erfahrung der Mutter, sondern auch das die Symbiose aufbrechende Dazutreten eines Dritten, den wir in unserer Kultur „Vater“ nennen. Seine Aufgabe ist es, die Mutter-Kind-Symbiose zu öffnen und damit den Weg zu einer eigenständigen Identität freizumachen. Fehlen die Väter, was heute oft der Fall ist, bleiben die Kinder mit hoher Wahrscheinlichkeit im symbiotischen Arrangement mit der Mutter. Die Ichentwicklung wird dadurch stark gebremst.

Wer also wünscht, daß der Gesellschaft eine solidarische Generation nachwächst, wird sich um die Stärkung des Familiensystems und hier wieder besonders darum mühen, daß Männer auch Väter sein können. Die Balance zwischen Erwerbswelt und Familienwelt muß besser gestaltet werden. Geschieht das nicht, vernachlässigen wir weiterhin – wie schon seit geraumer Zeit – die familiäre Lebenswelt, dann gehen wir einem nichtfinanzierbaren Therapie- und Polizeistaat entgegen. Das ist eine andere Position als jene, die von konservativen Kreisen vertreten wird. Denn diese verlangen die Rückkehr der Mütter in die Familienwelt, ohne dasselbe von den Vätern zu fordern, was aber wiederum nach einer Neubestimmung im Verhältnis Familien- und Erwerbswelt verlangt (was bei Konservativen nur selten gesehen wird).

Für die Solidarmehrung in der Kultur kommt sodann den Schulen wachsende Bedeutung zu. Das setzt voraus, daß schulische Erziehung nicht nur berufliche Ausbildung ist, sondern sich auch um den Wertevorrat der Gesellschaft kümmert.

Dazu wäre es gut, würden Klassen zu einer Art Solidarbiotope werden, in denen Personen sind, die wie Solidarhebammen wirken, also das solidarische Wunsopotential in den jungen Menschen heben und fördern. Das wird um so leichter geschehen, je mehr die Lehrenden selbst randvoll mit der Tugend der Solidarität sind. In Schulklassen kann dann die Solidarität zwischen Männern und Frauen, aber auch zwischen Inländern und Ausländern eingeübt werden. Die Aufmerksamkeit für die Schwächeren, die Langsameren, die „Klassenomegas“ kann sich entwickeln.

Solidarisierende Kraft der Kirchen. Nicht zu unterschätzen ist die Solidarleistung der religiösen Netzwerke, darunter der christlichen Kirchen. Dies hat wohl damit zu tun, daß dann, wenn sich die Kraft der christlichen Botschaft unbehindert entfalten kann, Menschen viel von den der heutigen Kultur innewohnenden Ängsten verlieren. Das aber begünstigt die Ausbildung von belastbarer Solidarität nachhaltig. Daher finden sich eben in den christlichen Netzwerken, also in den Orden, den Basisgruppen, in den Pfarrgemeinden Personen mit einer Solidarausstattung, die über dem Bevölkerungsschnitt liegt. Hinsichtlich der Solidarität sind also die Kirchen eine nahezu unersetzliche gesellschaftliche Kraft. Von da aus erhält auch der Religionsunterricht eine seiner Rechtfertigungen. Er weitet die Lebenshorizonte enorm und fördert das Solidarvermögen der Kinder. Deshalb wird auch die Gesellschaft nicht um die Frage herumkommen, wie diese Förderung belastbarer Solidarität bei jenen Kindern geschieht, welche sich vom Religionsunterricht abmelden oder wegen ihrer Zugehörigkeit zur Gruppe der Konfessionslosen an keinem teilzunehmen verpflichtet sind. Welcher Alternativunterricht wird gegeben werden? Und wie ist dieser zu gestalten, damit der Zukunftswert Solidarität gefördert wird?

Solidarförderung durch solidarische Politik. Schließlich kann auch die Politik solidarmehrend wirken. Das ist heute kaum der Fall. Denn zur Zeit beschleunigt eine solidararme Politik eher den Prozeß der Entsolidarisierung. Es ist ein Teufelskreis: Politiker halten die Wähler für unsolidarisch und machen daher keine solidarische Politik, was wiederum die letzten spärlichen Solidarvorräte bei den Menschen aufbraucht. Aber warum wirtschaftet die Politik mit der tatsächlich nur schwach ausgeprägten Bereitschaft zu solidarischem Handeln? Politik könnte ja auch einmal auf den Wunsch der Menschen nach Solidarität setzen. Damit würde sie den Menschen mehr Solidarität zutrauen, als sie momentan zu leisten bereit wären. Dieses vernünftige Zutrauen könnte aber den Wunsch stärken und für solidarisches Handeln öffnen. Wo solches in kluger und gekonnter Weise gemacht wird, erweisen sich die Menschen durchaus bereit, über den Schatten ihrer tiefsitzenden Ängste zu springen und sich an solidarischen Vorgängen zu beteiligen. Musterbeispiele dafür sind in Österreich die Aktion „Nachbar in Not“ oder auch „Licht ins Dunkel“.

Ich habe einmal in einem Gespräch mit einem Journalisten vorgeschlagen, daß

die Politik auch für riskierte Solidarpolitik argumentativ wirbt. Das bringe nur wenig, vermerkt der Zeitungsmann. Denn die Leute seien unsolidarisch. Stimmt nur zum Teil, sage ich, gestützt auf meine Forschungsergebnisse. Richtig ist vielmehr, daß die Politik die Menschen ebenso unterschätzt wie die solidaritätsmehrende Dynamik riskierter Solidarpolitik. Zudem: Die Politik ist von der Notwendigkeit der EU überzeugt und hat dafür auch nicht immer eine Mehrheit. Und auch hier bleibt die Politik nicht tatenlos, sondern wirbt massiv für die EU. Sollte ähnliches nicht geschehen, weil die Notwendigkeit solidarischer Politik doch nicht klar genug gesehen wird?

ANMERKUNGEN

- ¹ U. Beck, *Risikoges.* Auf dem Weg in eine andere Moderne (Frankfurt 1986); *Risikante Freiheiten. Individualisierung in modernen Ges., hg. v. dems.* (Frankfurt 1994).
- ² R. Oltmanns, *Du hast keine Chance, aber nutze sie: eine Jugend steigt aus* (Reinbek 1980).
- ³ H. M. Enzensberger, *Die große Wanderung. 33 Markierungen* (Frankfurt 1992).
- ⁴ R. Dahrendorf, *Ges. Abhandlungen* (München 1972).
- ⁵ P. P. Pasolini, *Freibeuterschriften. Aufsätze u. Polemiken über d. Zerstörung d. Einzelnen durch d. Konsumges.* (1993).
- ⁶ G. Schulze, *Die Erlebnisges. Kultursoziologie d. Ggw.* (Frankfurt 1996); *Das schöne Leben. Eine interdisziplinäre Diskussion v. Gerhard Schulzes „Erlebnisges.“*, hg. v. U. Winkler (Thaur 1994).
- ⁷ E. Kübler-Ross, *Interviews mit Sterbenden* (1990); R. A. Moody, *Leben vor dem Leben* (Gütersloh 1992).
- ⁸ *Ethics*, hg. v. P. Singer (Oxford 1994); H. Kuhse, *Muß dieses Kind am Leben bleiben? Das Problem schwerstgeschädigter Neugeborener* (1993).
- ⁹ B. u. P. L. Berger, *In Verteidigung d. bürgerl. Familien* (Frankfurt 1980).
- ¹⁰ H. Büchele, L. Wohlgenannt, *Grundeinkommen ohne Arbeit. Auf dem Weg zu einer kommunikativen Ges.* (Wien 1985); dies., *Den öko-sozialen Umbau beginnen: Grundeinkommen* (Wien 1990).
- ¹¹ P. M. Zulehner u. a., *Solidarität. Option für d. Modernisierungsverlierer* (Innsbruck 1996).
- ¹² P. M. Zulehner, H. Denz, *Vom Untertan zum Freiheitskünstler* (Wien 1991).
- ¹³ Johannes Paul II., *Sollicitudo rei socialis* (1987).

Dieser Beitrag entstand als Produkt der Forschungsaktivitäten des Ludwig-Boltzmann-Instituts für Werteforschung in Wien.